STADT
BURGDORF

Stadtrat

Bericht und Antrag

Datum SR-Sitzung:	15. September 2025
Direktion:	Bildungsdirektion
Ressort:	Ressort Freizeit / Jugend
Verfasser:	Nicole Chen
Version:	GRB: 2025-3237 / 23. Juni 2025

Auftrag Grüne Burgdorf, SP Burgdorf, EVP Burgdorf betreffend Aufbau Jugendparlament

I. Bericht

Die Grüne, SP und EVP Burgdorf reichten am 17. März 2025 einen Auftrag ein:

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Jugendparlament für die Stadt Burgdorf zu planen und aufzubauen, damit die Partizipationsmöglichkeiten dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe konkret gefördert und ihre Bedürfnisse ernstgenommen werden.

Begründung

Im Bericht der Sozialraumanalyse 2024 wird mehrmals erwähnt, dass Kinder und Jugendliche mehr Mitbestimmung einfordern. Im zusammenfassenden Dokument mit den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen zur Analyse steht als Erkenntnis geschrieben: «Die aktive Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen und Projekte ermöglicht eine Stärkung ihrer Mitbestimmung.» Als dazugehörende Handlungsempfehlungen sind die folgenden beiden aufgeführt: «Mitgestaltung öffentlicher Räume durch Kinder und Jugendliche fördern» und «Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche stärken». Auf der Seite 44 in der Analyse wird ein Jugendparlament ganz kurz angetönt: «Auch die politische Partizipation könnte durch weitere Initiativen wie ein Jugendparlament oder einen Jugendrat ausgebaut werden.» Das Jugendparlament als Mittel zur Einbindung und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen ist ein grosses Bedürfnis von Seiten der jungen Menschen. Die Kompetenzen, welche dort gefordert werden, werden schon heute in vielen Schulhäusern mit Klassenräten und Schulräten aufgebaut.

Stellungnahme des Gemeinderats

Formelles

Mit einem parlamentarischen Auftrag kann der Stadtrat den Gemeinderat beauftragen, dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, eine Vorlage in einem bestimmten Sinn auszugestalten, eine Massnahme zu treffen oder Bericht zu erstatten (Art. 26a Abs. 1 Stadtratsreglement, OrR SR). Der Auftrag hat den Charakter einer Richtlinie, wenn der Gegenstand in die abschliessende Zuständigkeit des Gemeinderates fällt (Art. 26a Abs. 2 Bst. b OrR SR).

Materielles

Der Gemeinderat teilt die Stossrichtung des Auftrags ausdrücklich. Bereits am 17. Februar 2025 hiess der Gemeinderat folgenden Antrag antragsgemäss gut (GRB: 2025-3093 | Sozialraumanalyse JuBU 2021-2024): «Der Gemeinderat beauftragt die Bildungsdirektion und Präsidialdirektion, die bestehende Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln und auf eine gesamtstädtische Ebene auszuweiten.» Ebenfalls floss dieser Auftrag in den laufenden Legislaturplanungsprozess ein.

Der vom Stadtrat eingereichte Auftrag verstärkt dieses Anliegen, indem er den Aufbau eines Jugendparlaments verlangt. Der Auftrag steht in inhaltlicher Übereinstimmung mit den im kürzlich erschienenen Sozialraumanalysebericht enthaltenen Empfehlungen sowie für das Engagement zugunsten der politischen Partizipation junger Menschen in Burgdorf.

Aus Sicht des Gemeinderates ist es jedoch zentral, dass die konkrete Form eines zukünftigen Beteiligungsmodells gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelt wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass die gewählte Form ihren Bedürfnissen entspricht, von ihnen mitgetragen wird und auf breite Unterstützung zählen kann. Eine Festlegung auf ein bestimmtes Format – wie ein Jugendparlament – würde diesem partizipativen Prozess vorgreifen.

Bevor über die Einführung eines geeigneten Beteiligungsformats für Kinder und Jugendliche entschieden werden kann, braucht es eine gemeinsam mit der jungen Generation entwickelte Auslegeordnung als wesentlichen Entwicklungsschritt. Sie dient sowohl den beteiligten Jugendlichen zur Klärung und Mitgestaltung des für sie passenden Modells als auch dem Stadtrat zur nachvollziehbaren Einordnung der vorgeschlagenen Form. Zudem sind strukturelle Fragen zu klären, etwa das Verhältnis zu bestehenden Instrumenten wie dem Jugendantrag gemäss Artikel 26 der Gemeindeordnung, die politischen Verankerung innerhalb der städtischen Strukturen oder die notwendige administrative Begleitung. Die politische Wirksamkeit eines solchen Gefässes hängt entscheidend von klaren Zuständigkeiten, ausreichender Legitimation und entsprechenden Ressourcen ab.

Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, den Wortlaut des Auftrags zu ändern.

Geänderter Wortlaut Gemeinderat:
Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Auslegeordnung zu erarbeiten und vorzulegen, die aufzeigt, wie die politische Beteiligung der jungen Generation auf städtischer Ebene künftig verbindlich ausgestaltet, strukturell eingebettet und umgesetzt wird. Diese Auslegeordnung ist gemeinsam mit der jungen Generation zu entwickeln und soll deren Perspektiven und Anliegen in konsolidierter Form abbilden. Das Ergebnis wird dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Gemeinderat kann dem Stadtrat gestützt darauf Anträge unterbreiten.

Original Wortlaut:
Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Jugendparlament für die Stadt Burgdorf zu planen und aufzubauen, damit die Partizipationsmöglichkeiten dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe konkret gefördert und ihre Bedürfnisse ernstgenommen werden.

II. Antrag

Annahme mit Wortlautänderung des Auftrages.

DER GEMEINDERAT

Stefan Berger, Stadtpräsident
Stefan Ghioldi, Stadtschreiber

Geht mit den Grundlageakten zu Bericht und Antrag an die Geschäftsprüfungskommission.

PRÄSIDIALDIREKTION